

Pro Inklusion – Fünf Statements

Heike Heubach

Als erste gehörlose Abgeordnete im Deutschen Bundestag erlebe ich aus erster Hand, wie das politische Leitprinzip der Inklusion zunehmend unter Druck gerät. Immer häufiger diffamieren rechte Parteien und Gruppierungen barrierefreie Bildung, Gebärdensprachdolmetschen und digitale Barrierefreiheit als vermeintliche ‚Sonderwünsche‘ und stellen damit grundlegende Teilhaberechte in Frage. Darüber hinaus muss ich leider feststellen, dass die Forderung ‚Nichts über uns ohne uns‘ noch lange keine politische Realität ist.

Am 11. Februar 2026 wurde der Gesetzentwurf zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes durch das Bundeskabinett verabschiedet. Ziel des Gesetzes ist es, dass Barrierefreiheit auch auf private Anbieter von Dienstleistungen und Produkten ausgeweitet wird. Doch aus vielen Kreisen wird es als ‚wirtschaftsfeindlich‘ kritisiert. Das ist nicht nur ein Angriff auf eine wichtige gesetzliche Maßnahme, sondern auf das grundlegende Menschenrecht auf gleichberechtigte Teilhabe.

Für mich steht fest: Inklusion darf nicht zur Verhandlungsmasse politischer Debatten werden. Sie ist ein unverzichtbares Fundament unserer Demokratie und muss mit Entschlossenheit verteidigt und im Alltag gelebt werden.

Heike Heubach wurde in Rottweil am Neckar geboren. Sie ist Mitglied der SPD und als erste taube Bundestagsabgeordnete seit 20. März 2024 für den Wahlkreis Augsburg Land und Aichach-Friedberg im Deutschen Bundestag. Sie ist in den Ausschüssen für Arbeit und Soziales und Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen ordentliches Mitglied. Außerdem hat sie in der Bundestagsfraktion folgende Funktionen inne: Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen – Beauftragte für Wohnungs- und Obdachlose – Mitglied im erweiterten Fraktionsvorstand.



Foto: Fionn Grosse

Katrin Langensiepen

Der gesellschaftliche Backlash und die zunehmende Intoleranz gegenüber Vielfalt, konkret auch gegenüber Menschen mit Behinderung, ist europaweit spürbar.

Neben offenen körperlichen oder verbalen Angriffen und Abwertungen wirkt eine Sache jedoch viel schwerwiegender: die gleichbleibende Ignoranz dem Thema Inklusion gegenüber.

Selbstbestimmung, Teilhabe, Chancengleichheit, Barrierefreiheit und das Umarmen von Vielfalt werden in Texten, Reden, Gesetzen fast inflationär gestreut. Die flächendeckende lebenspraktische Umsetzung hinkt aber nicht nur hinterher, wir beobachten nahezu einen Stillstand.

„Mich will sonst keiner haben.“ Das sind die Sätze aus Werkstätten, die so schwer wiegen, weil sie die Diskrepanz von Anspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit so drastisch vor Augen führen, dass es schmerzt.

Heißen kann das nur eines: Die Lobbyarbeit für Menschen mit Behinderung nochmals strategischer anzugehen und mit anderen Initiativen zu vernetzen, um Fürsprechernde zu gewinnen. Nur so gelingt es, aus der Bubble auszubrechen und für die Millionen Menschen mit Behinderung in Europa erfolgreich zu streiten.

Katrin Langensiepen ist seit 2019 Europaabgeordnete für Greens/EFA. Als einzige Frau mit sichtbarer Behinderung im Europaparlament nutzt sie ihre Stimme, um für ein grünes, inklusives und feministisches Europa zu kämpfen. Aktuell ist sie Vize-Vorsitzende im Ausschuss für soziale Angelegenheiten, sowie Mitglied im Binnenmarkt-Ausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter.



Foto: privat

Alexandra Mehnert

Als studierte Politikwissenschaftlerin, die sich bereits im Studium neben Politik und Soziologie in den Erziehungswissenschaften auch mit Rehabilitationspädagogik beschäftigt hat, weiß ich, dass Inklusion und christliche Werte viele Gemeinsamkeiten haben. Genau genommen ist Inklusion für mich gelebte Christlichkeit und ein Motor für sozialen Fortschritt, der nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa von großer Bedeutung ist.

Starke Demokratien sind daher nicht nur das Fundament für wertengeprägte, verbindende Gemeinschaften, sondern beispielsweise auch für einen inklusiven Arbeitsmarkt. Jeder Mensch – mit oder ohne Behinderung – sollte gerade in Zeiten wie diesen eine realistische und faire Chance erhalten, seinen Beitrag für unser Land, die Gesellschaft, unsere Wirtschaft und damit auch für ein starkes Europa zu leisten.

Dazu müssen wir gemeinsam vorhandene Barrieren identifizieren und, wo immer möglich, abbauen.

Alexandra Mehnert ist in Magdeburg geboren und aufgewachsen und hat dort Politikwissenschaften studiert. Seit 2024 vertritt sie Sachsen-Anhalt im Europäischen Parlament und setzt sich vor allem für die Themen ein, die für Sachsen-Anhalt von besonderer Bedeutung sind: Verkehr, regionale Entwicklung und Landwirtschaft. Ihr Ziel ist es, die Anliegen der Menschen aus unserer Region nach Europa zu tragen, an notwendigen Reformen der EU mitzuwirken und gleichzeitig vor Ort deutlich zu machen, welchen Nutzen wir alle von Europa haben.



Foto: Heidi Scherm

Carina Kühne

Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde schon vor 17 Jahren von Deutschland ratifiziert. Darin heißt es, dass Inklusion ein Menschenrecht ist, und dazu gehören Barrierefreiheit, Selbstbestimmung und das Recht auf Teilhabe für Menschen mit Behinderung.

Nun soll ein neues Behindertengleichstellungsgesetz in Deutschland Benachteiligungen verbieten und Barrierefreiheit garantieren. Leider gibt es für die Privatwirtschaft die Möglichkeit, das Benachteiligungsverbot für bauliche Barrierefreiheit zu umgehen, wegen angeblich unverhältnismäßiger Belastung. Da muss es unbedingt noch Verbesserungen geben, um Benachteiligung und Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderung abzubauen. Kann sich überhaupt etwas ändern, wenn die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder sagt: „Die Grundrechte der Menschen mit Behinderung werden zum Kostenfaktor und Luxusgut!“

Es gibt weitere Dinge, die mich aktuell sehr betroffen machen. Es macht mir Angst, wenn ich sehe, was alles gekürzt werden soll, und dies nicht nur für Menschen mit Behinderung. Das sind dann ‚Reformvorschläge‘. Die gesetzlichen Krankenkassen sollen keine Zahnarztleistungen mehr übernehmen, dafür kann man sich privat versichern. Die Deutschen sollen mehr arbeiten und später in Rente gehen. Der Krankenstand ist zu hoch. Bürgergeld wird gekürzt und Minijobber sollen nicht mehr aufstocken dürfen. Für Superreiche soll es keine Steuererhöhungen geben, aber Sozialleistungen sollen gekürzt und Arbeitnehmerrechte beschnitten werden. Ist das nicht ungerecht?

Carina Kühne ist Schauspielerin, Autorin, Dozentin und Moderatorin.

Sie engagiert sich für Inklusion und Selbstbestimmung.

www.carinakuehne.de

<http://www.rollenfang-berlin.de/schauspieler/carinakuehne>

<https://www.schauspielervideos.de/video/carina-kuehne.html>



Foto: Conny Wenk

Karina Ulrike Sturm

Auffällig ist, wie sehr heutige Debatten über Behinderung in ihrer Sprache an Muster erinnern, die wir aus der Zeit des Nationalsozialismus und der Aktion T4 kennen. Begriffe und Framings, die behinderte Menschen implizit als „weniger wert“ markieren, finden wieder Eingang in politische Diskurse und werden von Medien oft unkritisch weitergetragen. Das zeigt, wie wenig wir aus der Geschichte gelernt haben und wie gefährlich Ableismus ist. Gerade deshalb braucht es eine klare Sensibilität dafür, welche Sprache wir verwenden – und welche Menschenbilder wir damit reproduzieren.

Karina Ulrike Sturm ist freie Journalistin, Autorin, Bloggerin und Filmemacherin.

Vor ihrer Erkrankung war sie Arzthelferin und dann Laborassistentin in einer Forschungseinrichtung



Foto: privat